

Speech

Kiel, 21.01.2016

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Mehr Polizei in der Fläche ist kein Allheilmittel

Lars Harms zu TOP 16+18+40 - Bekämpfung der Einbruchskriminalität und Stärkung der Justiz

Ein Blick auf die Zahlen zu den verübten Einbrüchen reicht, um den deutlichen Anstieg zu erkennen. Die Fallzahlen bewegen sich in der gesamten Bundesrepublik auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Was jedoch auch dazu gesagt werden muss ist, dass es sich nicht um eine markante Steigerung der Kriminalitätsraten im Allgemeinen handelt. Sondern es geht ganz explizit um die Verschiebung von Schwerpunkten. Diebstähle gehören seit Generationen zu dem am häufigsten verübten Straftaten. Dabei unterscheidet man zwischen schwerem und einfachem Diebstahl. Ein Wohnungseinbruch kann je nach Tatverlauf in eine der beiden Kategorien fallen. Wohnungseinbrüche sind nichts Neues, ihr derzeit hoher Anteil in der sogenannten Straftatengruppe ist jedoch durchaus neu. Autos, Geschäfte oder Büroräume scheinen in diesen Zeiten weniger interessant bzw. lukrativ zu sein, als Privatwohnungen oder freistehende Häuser. Der Anstieg der Einbruchszahlen beschäftigt uns im Land schon seit ein paar Jahren. So wurde bereits im Herbst 2012 ein entsprechendes Konzept des Innenministeriums vorgestellt. Der Schwerpunkt wurde richtig gesetzt und das Problem wurde offen kommuniziert. Zudem wurde von schleswig-holsteinischer Seite auch mit den Kollegen in Hamburg eine dauerhafte Zusammenarbeit auf die Beine gestellt. Auch wird mit weiteren Partnern in



Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Dänemark zusammengearbeitet. Es passiert also schon sehr viel und es ist keineswegs so, dass unser Staat hier hilflos wäre oder gar die Menschen mit dem Problem Einbruchskriminalität alleine gelassen werden.

Zurück zur offenen Kommunikation. Was wir wissen ist, dass vor allem der Hamburger Rand und die Ballungszentren um Kiel und Lübeck besonders betroffen sind. Doch es geht oftmals auch um mittelgroße Orte, die an zentralen Verkehrsachsen, wie etwa einer Bundesstraße liegen. Dort finden sich mehrheitlich Einfamilienhäuser, die keinen zu großen Abstand zwischen den einzelnen Häusern aufweisen. Harrislee ist so ein Ort, im Jahr 2014 ist die Kriminalität, im Vergleich zum Vorjahr, dort um fast 40% gestiegen. In Handewitt waren es fast 70%. Darunter fallen eben auch und gerade die Wohnungseinbrüche, die wohl ursächlich für diese Steigerungsraten sind. Bezeichnend ist, dass beide Orte in direkter Nähe zu Bundesstraßen und der A7 gelegen sind. Die Täter nutzen diese als Fluchtrouten. Generell agieren sie in verschiedenen Regionen und sind in Gruppen bzw. Banden zusammengeschlossen, die dementsprechend äußerst professionell vorgehen. Ihnen muss man infolgedessen auch professionell entgegentreten. Und genau das macht unsere Landespolizei.

Für uns als SSW hat sich gezeigt, dass professionelle Ermittlungsteams, die sich auf diese Art der Kriminalität spezialisieren, der richtige Weg sind. Nur mit professionellen Mitteln werden wir der Banden habhaft. Es ist ein Trugschluss zu glauben, eine Polizeistation vor Ort würde zukünftige Einbrüche verhindern können. Sondern vielmehr werden die Einbrüche auch in größeren Orten begangen, in denen eben eine Polizeistation vorhanden ist. Mehr Polizei in der Fläche ist daher kein Allheilmittel. Leider. Sondern es geht darum, effizienter zu werden und jedes Mal hinzulernen zu können. Überall einen Dorfsheriff zu haben, kann sogar dazu führen, dass bei begrenzter Anzahl von Polizisten, die professionellen Ermittlungsteams ausdünnen und nicht mehr so effektiv arbeiten können. Genau das wollen wir nicht!

In den letzten Wochen wurde viel über das Zusammenspiel von Polizei und Justiz gesprochen. Das Empfinden der Menschen in Bezug auf nicht ausreichende Haftgründe bei Wohnungseinbrüchen ist sehr emotional, was es schwer macht, diesem Empfinden zu begegnen. Nichtsdestotrotz handelt die Justiz unabhängig. Und von daher steht es der Politik nicht zu, einfach mal die Richter anzuweisen, hier härter zu agieren. Schon gar nicht, wenn man keine gesicherte Datenbasis hat. Deshalb liegt es an der Justiz selbst, dieses Thema aufzunehmen und das subjektive Empfinden der Menschen zum Anlass zu nehmen, zu prüfen, ob in der Rechtsprechung Dinge in Zukunft anders gesehen werden müssen oder eben auch nicht.



Was sich dabei an der einen oder anderen Stelle jedoch vermissen lässt, ist die Aufklärung über das Wirken der Justiz. Aufgabe der Justiz ist es auch, über ihre Arbeit zu berichten und eben dadurch auch aufzuklären. Ein Wunsch von uns als SSW ist es, dass Konsequenzen einer Straftat in Zukunft schneller sichtbar werden. Natürlich ist das mit den derzeitigen Verfahrensdauern keine einfache Sache, jedoch kann die schnelle Sichtbarkeit von Konsequenzen entscheidend sein für eine Verhinderung von Straftaten. Denn klar ist, die Täter sind Wiederholungstäter und lassen sich nur von Strafen abschrecken. Von daher ist das unmittelbare Aufzeigen der strafrechtlichen Konsequenzen ein bedeutsamer Punkt, um die Straftaten einzudämmen. Und hier müssen wir uns in der Tat Gedanken machen, ob eine personelle Aufstockung im Justizbereich hier hilfreich sein kann, die Verfahren zu beschleunigen und damit auch den Verbrechern unmittelbarer die Konsequenzen ihres Handelns schneller aufzeigen zu können. Wir als SSW können sehen, dass hier noch etwas erfolgen muss. Es nützt nichts, wenn die Polizei Straftäter fängt und wir dann nicht das Personal haben, um die Strafverfolgung zeitnah zu bewerkstelligen.

Was wir als SSW ablehnen, ist ein pauschales Verschärfen und Aufrüsten der Gesetzgebung. Die Union ist der unangefochtene Meister darin, genau dieses zu fordern. Gratulieren kann man dazu jedenfalls nicht. Denn mit Aktionismus ist bisher kein weiterer Fall geklärt oder gar verhindert worden. Das sogenannte Sofortprogramm zur Inneren Sicherheit der Nord-Union, welches kürzlich vorgestellt wurde, ist nichts anderes als purer Aktionismus. Flüchtlingshilfe ist plötzlich nicht mehr wichtig, sondern die dort eingesetzten Polizeibeamten sollen sich schlichtweg um anderes zu kümmern haben. Klingt für mich jedenfalls ziemlich weltfremd. Zudem werden hier die Betroffenen gegeneinander ausgespielt, in einem Spiel in dem es keine Gewinner geben kann. Von daher können wir als SSW eine solche Forderung nur zurückweisen.

Im Übrigen wollte die alte Regierung noch Polizeistellen streichen, die wir nicht nur erhalten, sondern wieder aufstocken. Hier nun verbal dicke Backen zu machen, ist da nun wirklich fehl am Platze.

Es besteht kein Zweifel daran, dass ein Einbruch ein schwerer Eingriff in die Privatsphäre und in das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger darstellt. Dass nur jeder zehnte Einbruch überhaupt aufgeklärt wird, können wir als Rechtsstaat nicht hinnehmen. Die rot-grün-blaue Koalition hat nicht nur vor diesem Hintergrund beschlossen, für mehr Polizeistellen und Ausbildungsstellen Sorge zu tragen. Zudem muss es schlichtweg darum gehen, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Dänemark noch weiter auszuweiten. Ferner geht es darum, die tägliche Arbeit der Justiz in unserem



Was wir tatsächlich feststellen können ist, dass die Landespolizei auf einem sehr hohen Niveau arbeitet. Das gilt vor allem auch, wenn es um Wohnungseinbrüche geht. Klar ist auch, dass die Ansprüche von Politik und Bevölkerung in gleicher Weise hoch sind. Unsere Polizei erfüllt allerdings auch diese Ansprüche und unser Staat ist handlungsfähig!